

AK-Präsident Kalliauer: Es ist Zeit für eine neue Solidarität

Aufgrund der Restriktionen der Bundesregierung zur Eindämmung des Corona-Virus explodierte die Zahl der Arbeitslosen im März um 200.000 Personen. Alleine in Oberösterreich standen zusätzlich 24.000 Menschen plötzlich ohne Arbeitsplatz da. „Die Situation ist dramatisch und wird sich in den nächsten Monaten noch weiter zuspitzen. Wir brauchen dringend eine bessere existenzielle Absicherung der Menschen, die ihren Job verloren haben und Sondermaßnahmen für die besonders stark betroffene Gruppe der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sonst droht erneut eine verlorene Generation!“, erklärt AK Präsident Dr. Johann Kalliauer.

In dieser Krise erweist sich ein Wert, der seit Jahrzehnten zurückgedrängt wird, erneut als unverzichtbare Säule unserer Gesellschaft: nämlich die Solidarität, auch als Grundprinzip sozialstaatlichen Handelns. Genau vor 100 Jahren wurde der Sozialstaat ins Leben gerufen, der die Verantwortung für das existenzielle Wohlergehen der Menschen auf die Solidargemeinschaft übertragen und somit die Einzelnen gegen die großen Lebensrisiken versichert hat. Die Vorteile des Sozialstaates werden gerade jetzt wieder offensichtlich. Jene Länder mit einem gut ausgebauten Sozialstaat meistern die Krise besser als jene, in denen der Sozialstaat kaputtgespart wurde.

Auch wenn Österreich gut aufgestellt ist, besteht Handlungsbedarf, denn die Lasten des Covid-19-Lockdowns sind sehr ungerecht verteilt. Sie treffen ärmere Menschen deutlich härter als Gutsituierte. Und jene, die arbeitslos werden, verlieren von heute auf morgen fast die Hälfte ihres Einkommens. Angesichts der hohen Betroffenheit – jede achte Arbeitnehmerin/ jeder achte Arbeitnehmer ist mittlerweile arbeitslos! - gilt es dringend, die Solidarität im Sozialstaat auszubauen. Daher muss das Arbeitslosengeld armutsfest gemacht werden, indem die Nettoersatzrate auf mindestens 75 Prozent des Letzteinkommens erhöht wird.

Besondere Sorgen bereitet Kalliauer, dass junge Menschen zu den Hauptbetroffenen der Kündigungswelle gehören. Unter allen Altersgruppen sank im März die Anzahl der Beschäftigten unter 25 Jahren am stärksten. 36.538 Personen bzw. 8,6 Prozent der Beschäftigten in dieser Altersgruppe haben in diesem Monat ihre Arbeit verloren. Mit insgesamt fast 90.000 jungen Menschen unter 25 Jahren ohne Beschäftigung (das entspricht einer Arbeitslosenquote von 12,5 Prozent) haben wir bereits jetzt einen historischen Höchstwert. „Es besteht erneut die Gefahr einer ‚verlorenen Generation´. Daher braucht es eine umfassende Ausbildungs- und Jobgarantie für alle Jugendlichen unter 25 Jahren“, fordert Kalliauer.

Und wenn nun aus Covid-bedingten Jobverlusten Langzeitarbeitslosigkeit entsteht, hat dies weitreichende negative Folgen. Hier sind ältere Arbeitslose besonders gefährdet. Es braucht daher auch eine Jobgarantie für ältere Arbeitsuchende, damit wir das Menschenrecht auf Arbeit in Österreich endlich ernst nehmen. Nach dem Vorbild der Aktion 20.000 sollte ein Sektor gemeinnütziger Beschäftigung, der älteren Langzeitarbeitslosen Perspektiven eröffnet und rasch ausgebaut werden.

Nach dem Ende des Lockdown müssen die Arbeitslosen so rasch wie möglich wieder in gute Jobs gebracht werden. Das AMS und alle seine Mitarbeiter/-innen leisten dabei sehr gute und systemrelevante Arbeit. Die Personalausstattung des AMS war aber schon vor der Krise ungenügend und ist jetzt durch die Abwicklung der Kurzarbeit völlig überlastet. Das AMS-Budget muss daher deutlich aufgestockt werden. Wir brauchen hunderte zusätzliche AMS-Berater/-innen, um ein qualitätsvolle Beratung und effiziente Vermittlung zu gewährleisten.

Medienkontakt:

Arbeiterkammer OÖ
4020 Linz, Volksgartenstraße 40
Dr. Walter Sturm
Tel. +43 (0)50/6906-2192
mailto: walter.sturm@akooe.at
ooe.arbeiterkammer.at